



**Regionalrat bekräftigt GEP-Beschlüsse für Kottenforst/ Ville**

**CDU: keine Ausweisung neuer Flächen zum Abbau von Quarzkies**

Der Regionalrat Köln hat in seiner Sitzung am 14. Mai 2004 beschlossen, keine neuen Flächen zum Abbau von Quarzsand oder -kies im Raum Kottenforst/ Ville auszuweisen. Damit hat der Regionalrat den aktuellen Gebietsentwicklungsplan (GEP) bestätigt, bei dessen Aufstellung die örtlichen Interessen bereits eingearbeitet wurden. „Es gibt keinen Grund, die Beschlüsse vom vergangenen Jahr zum GEP Bonn/ Rhein-Sieg heute wieder in Frage zu stellen“, sagte Stefan Götz, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln.

Der Beschluss des Regionalrates fiel einstimmig und basiert auf einem interfraktionellem Kompromiss aller im Regionalrat vertretenen Parteien.

Der Beschluss lautet:

1. Der Regionalrat des Regierungsbezirks Köln nimmt die Information (zum Kiesabbau im Bereich Kottenforst/ Ville) zur Kenntnis und weist die Schlussfolgerungen aus der Information über die wirtschaftliche Bedeutung des hochreinen Quarzkieses im Raum Kottenforst/Ville zurück.
2. Der Regionalrat Köln stellt fest, dass die von der Bezirksregierung vorgelegten Informationen über die wirtschaftliche Bedeutung des hochreinen Quarzkieses im Raum Kottenforst/ Ville keine Ergänzung des Gutachtens von 1980 darstellen und von der Bezirksregierung auch nicht in diesem Sinne berücksichtigt werden sollen. Er stellt dies

fest, weil es bei den vorgelegten Information um eine einseitige Aktualisierung des Gutachtens nur im Sinne der Bergbauunternehmen handelt, ohne dass gleichzeitig eine umfassende Aktualisierung anderer konkurrierender Ansprüche (Erholung, Natur und Landschaft, Landwirtschaft) vorgelegt worden wäre.

3. Der Regionalrat bekräftigt seine Beschlüsse, die bei der Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes (GEP) Teilabschnitt Region Bonn/ Rhein-Sieg bezüglich der Ausweisung von Abgrabungsbereichen und Reservegebieten im Sinne der betroffenen Gemeinden gefasst worden sind und lehnt die Einleitung eines GEP-Änderungsverfahrens zur Ausweisung zusätzlicher Abgrabungsbereiche ab.

*Liebe Leserinnen und Leser,*

während die Aufstellung und Änderung von Gebietsentwicklungsplänen früher eher im stillen Kämmerlein und unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgte, nehmen die Bürgerinnen und

Bürger heute erheblich stärkeren Anteil an diesen Planungen - auch wenn dies aufgrund der gesetzlichen Regelungen nicht vorgesehen ist. „Wir geben den Bürgern ihre Stadt zurück“ lautete einer der Slogans im Kommunalwahlkampf 1999. Und daher ist bei der noch ausstehenden Fortschreibung des Landesplanungsrechts zu überlegen, wie die Bürgerinnen und Bürger in diesen Verfahren aktiv beteiligt werden können.

Moderne Planung muss neben einem qualitativ hochwertigen Anspruch auch die aktive Beteiligung der Bürgerinnen

und Bürger berücksichtigen. Hierfür gibt es bereits vielfältige Beispiele in den Kommunen, die auch als Vorbild für eine stärkere Beteiligung bei der regionalen Planung dienen können. Die Landesregierung ist aufgefordert, bei der Fortschreibung des Landesplanungsrechts hierfür konkrete Vorschläge auf den Tisch zu legen.

Ihr

Stefan Götz

(Fraktionsvorsitzender)

**Themen in dieser Ausgabe:**

- Seite 1: Keine neuen Abgrabungsgebiete für Quarzkies
- Seite 2: Änderung des Gebietsentwicklungsplans in Erkelenz und Troisdorf, Hochwasserschutz im GEP
- Seite 3: Verwertungszentrum Erftstadt, Antwerpes und der Müll, Bevölkerungsprognose für NRW
- Seite 4: Kurzmeldungen und Termine

## Erfolgreicher Wandel des Militärareals in Spich

### **GEP-Änderung zur Konversion Camp Spich in Troisdorf eingeleitet**



**... anstelle des Militärs bieten sich für Troisdorf jetzt neue Möglichkeiten ...**

Der Regionalrat fasste in seiner Sitzung am 14. Mai 2004 den Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes (GEP)/ Konversion von Camp Spich in Troisdorf. Damit wird - unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Landesplanungsbehörde - die als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) ausgewiesene Fläche in einen Gewerbe- und Industrie-

ansiedlungsbereich (GIB) umgewandelt. Der Regionalrat folgte damit dem Antrag der Stadt Troisdorf.

Angesichts des Abzugs der Belgischen Streitkräfte aus der Kaserne Mitte 2004 wurde für die ca. 50 ha große Fläche eine neue Machbarkeitsstudie erstellt. Die Studie ergibt für das Kasernengelände eine hohe Standort eignung

für eine gewerbliche Nutzung. Positiv hervorzuheben sind insbesondere das große Flächenangebot, die gute Verkehrsanbindung sowie das insgesamt hohe Wachstumspotential der Region.

Somit ermöglicht die GEP-Änderung für das Gelände nach dem Abzug der belgischen Soldaten eine sinnvolle und wirtschaftlich tragfähige Nachfolgenutzung.

## Vorbeugender Hochwasserschutz erstmals im GEP

### **Regionalrat leitet das Erarbeitungsverfahren ein**



**... die Ziele „Hochwasserschutz“ und „Stadtentwicklung“ müssen sich nicht ausschließen ...**

Hochwasser - diese Umweltkatastrophe ist in Deutschland, insbesondere am Rhein keine Seltenheit mehr. Daher ist die Erstellung eines einheitlichen Konzeptes zum „vorbeugenden Hochwasserschutz“ eine längst überfällige Maßnahme. Mit dem Beschluss, hierzu die Bezirksregierung Köln mit der Einleitung des Erarbeitungsverfahrens zu beauftragen, hat der Regionalrat den ersten Schritt gemacht. Damit wird der Hochwasserschutz zum ersten Mal zeichnerisch im GEP dargestellt.

Das Konzept des vorbeugenden Hochwasserschutzes beruht auf zwei Grundsätzen:

1. Potentielle Überflutungsbereiche sowie der Extremhochwas-

serbereich des Rheins (...) sind Vorbehaltsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz. In ihnen soll bei der weiteren räumlichen Nutzung dem Risiko ein besonderes Gewicht beigemessen werden.

2. Es ist auf einen Rückhalt und verlangsamten Abfluss des Wassers im gesamten Einzugsgebiet des Rheins hinzuwirken.

Auf diesen beiden Grundsätzen bauen die insgesamt 7 Ziele des Hochwasserschutzes auf. So werden im Ziel 3 Überschwemmungsbereiche als grundsätzlich vorrangig für den Hochwasserschutz bezeichnet und sind als solche

von Bebauung frei zu halten. Im Gegensatz zum Ursprungsentwurf bedeutet dieses Ziel jedoch kein faktisches Bauverbot, denn im nächsten Satz heißt es: „Bei Aufgabe einer baulichen Siedlungsnutzung ist eine Umnutzung möglich, sofern das Retentionsvolumen erhalten bleibt oder nach Möglichkeit sogar vergrößert wird“. Als weiteres Ziel wird die Vergrößerung der Rückhaltungsmöglichkeiten genannt. „Insgesamt ist die CDU im Regionalrat Köln mit diesem Entwurf zufrieden. Wenn die Gemeinden ihre Stellungnahmen abgegeben haben, muss dieses Konzept so schnell wie möglich umgesetzt werden“, sagte Stefan Götz, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln.

## GEP-Änderung: Flächentausch in Erkelenz

### **Regionalrat beschließt Einleitung des Verfahrens**

Der Regionalrat Köln hat in seiner letzten Sitzung am 14. Mai 2004 beschlossen, die Bezirksregierung Köln mit einem Erarbeitungsverfahren zur Änderung des Gebietsentwicklungsplanes (GEP) Aachen zu beauftragen. Der Regionalrat folgte damit einem Antrag der Stadt Erkelenz.

Ziel des Antrages ist es, am westlichen Siedlungsrand von Erkelenz einen ca. 38 ha großen

Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) darzustellen. Die neu ausgewiesene Fläche ist sowohl für die Umsiedlung der Gemeinde Borschemich im Rahmen des Braunkohleplans ab 2005, als auch für die Eigenentwicklung der Stadt vorgesehen. Der bisher festgelegte Siedlungsbereich im Norden wird zugunsten der westlichen Flächenerweiterung getauscht. Weiterhin soll ein ca. 13 ha großer Sied-

lungsbereich an der B 57 aufgegeben werden.

Somit würde durch die Schaffung des neuen, 38 ha großen Siedlungsbereiches, das dem GEP zugrunde liegende Wohnflächenpotential nicht überschritten. Die am Verfahren Beteiligten haben nun 3 Monate Zeit, Anregungen und Bedenken einzureichen. Im Anschluss muss der Regionalrat über die GEP-Änderung entscheiden.

**... Umsiedlung von Borschemich nach Erkelenz ...**

## Erweiterung des Verwertungszentrums in Erftstadt

### Regionalrat bringt GEP-Änderungsverfahren auf den Weg

Der Regionalrat hat das Verfahren zur Planänderung für das Verwertungszentrum des Erftkreises bei Erftstadt eingeleitet.

Hintergrund dieses Verfahrens ist das Ergebnis einer Untersuchung der bisher im GEP dargestellten Reserveflächen nordöstlich des Verwertungszentrums Erftkreis. Diese hatte ergeben, dass eine Erweiterung des Verwertungszentrums an dieser Stelle nicht möglich ist, da die Erweiterungsfläche für eine gewerbliche und industrielle Nutzung nicht geeignet ist. Im Rahmen einer Raumverträglichkeitsstudie (RVS) wurde nach einer

Ersatzfläche im räumlichen Zusammenhang mit dem bisherigen Standort gesucht. Als günstigste Alternative stellte sich hierbei ein südlich des Verwertungszentrums Erftkreis gelegenes landwirtschaftliches Gebiet dar. Auf der ca. 15 ha großen Fläche sollen insbesondere weitere abfallwirtschaftliche Sortier-, Behandlungs- und Abfallaufbereitungsanlagen gebaut werden.

Mit dem gefassten Beschluss entspricht der Regionalrat dem Antrag der Gemeinde Erftstadt. Für diese steht eine

langfristige Festigung des Standortes und die Sicherung der Arbeitsplätze im Vordergrund.

Nach der vom Regionalrat beschlossenen Einleitung des Erarbeitungsverfahrens, haben nun die am Verfahren Beteiligten die Möglichkeit, Anregungen und Bedenken einzubringen. Anschließend wird die Bezirksregierung Köln versuchen, Einvernehmen zwischen den eingereichten Anregungen und Bedenken herzustellen. Nach Abschluss dieses Verfahrens wird dann die endgültige Beratung und Beschlussfassung im Regionalrat erfolgen.

... Festigung des Wirtschaftsstandortes und Sicherung von Arbeitsplätzen beim Verwertungszentrum des Erftkreises ...

## Antwerpes und der Müll

### Regionalrat verlangt Innenrevision

Einstimmig hat der Regionalrat am 14. Mai 2004 Anträge der CDU Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschlossen und damit die Bezirksregierung Köln beauftragt, eine Innenrevision zur Müllpolitik des ehemaligen Regierungspräsidenten Franz-Josef Antwerpes durchzuführen. Die Anträge basierten auf einem einstimmigen Beschluss des Rates der

Stadt Bonn vom 05. Februar 2004.

Die Innenrevision soll klären, welche Rolle Antwerpes beim Zustandekommen von Müllvereinbarungen, der Festlegung von Entsorgungsregionen und beim (Nicht-) Zustandekommen von regionalen Kooperationen hatte. Weiterhin sollen seine Beziehungen zur Firmengruppe

Trienekens, hierbei besonders Treffen und Gespräche sowie Schriftstücke und Dienstreisen, offen gelegt werden.

Eine weitere Anfrage wurde zur Auftragsvergabe beim Bau der MVA Köln gestellt. Nach Ansicht der EU-Kommission wurde beim Bau der MVA Köln massiv gegen europarechtliche Bestimmungen verstoßen.



... der Regionalrat will die Rolle des ehemaligen Regierungspräsidenten Antwerpes klären ...

## Bevölkerungsprognose für NRW

### CDU: Wie entwickelt sich der Regierungsbezirk Köln?

Das Landesamt für Statistik NRW hat eine Prognose zur Entwicklung der Bevölkerung bis zum Jahr 2040 vorgelegt. Grundsätzliche Aussage: die Einwohnerzahl in NRW wird um rund zwei Millionen Menschen schrumpfen, der Altersdurchschnitt der Bevölkerung wird deutlich ansteigen. Bis zum Jahr 2007 soll die Gesamtbevölkerung noch leicht auf den Höchststand von dann 18,08 Millionen steigen. Bis 2040 sinkt sie auf rund 16,9 Millionen, trotz Zuwanderung. Ursache für diese Entwicklung ist der Geburten-

rückgang. Der Prognose zufolge wird jeder dritte Einwohner in NRW im Jahr 2040 über 60 Jahre alt sein. Für die Entwicklung in den einzelnen Regionen lässt sich grundsätzlich festhalten, dass Großstädte in den nächsten 15 Jahren Einwohner verlieren, ländliche Regionen dagegen Einwohner gewinnen werden.

Vor diesem Hintergrund hat die CDU-Fraktion im Regionalrat Köln mit einem Antrag an die Bezirksregierung ge-

nauere Informationen über die regionalen Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung gefordert. Gefragt wird nach dem Verhältnis der Entwicklung Stadtland, den Auswirkungen auf die Gebietsentwicklungsplanung sowie auf die Planung der Infrastruktur speziell im Regierungsbezirk Köln. Antworten auf diese Fragen sollen in der Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen am 18. Juni 2004 gegeben werden.



... die Bevölkerung in NRW wird schrumpfen ...

## Kurzmeldungen

### CDU fordert Deponiekonzept

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 14. Mai 2004 einen Antrag der CDU beschlossen, dass die Bezirksregierung Köln im Rahmen der Aufstellung des Abfallwirtschaftsplanes zusammen mit den betroffenen Gemeinden ein Deponiekonzept erarbeitet. Hierbei sollen insbesondere folgende Aspekte einfließen:

- Festlegung der Deponien für anorganische Abfälle,
- Regelung der Verfüllmodalitäten für zu schließende Deponien,
- Entsorgungskonzepte für Abfälle mit organischen

Bestandteilen, die zur Verbrennung nicht geeignet sind (z.B. Straßenkehrriecht).

### Erweiterung des Flughafens in Mönchengladbach abgelehnt

Nach Ansicht des Regionalrates Köln steht die Erweiterung des Flughafens Mönchengladbach in Widerspruch zur NRW Luftverkehrskonzeption 2010. Außerdem werden negative Folgewirkungen für den Flughafen Köln/ Bonn erwartet. Demzufolge hat der Regionalrat Köln die Erweiterung abgelehnt. Da es sich hierbei je-

doch um ein Verfahren des Regionalrates Düsseldorf handelt, wird der Regionalrat Köln lediglich im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens eingebunden.

### Genehmigung der GEP-Änderung für Selfkant

Das Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung hat mit Schreiben vom 13. April 2004 mitgeteilt, dass die 2. Änderung des GEP, Teilabschnitt Aachen im Gebiet der Gemeinde Selfkant genehmigt worden ist. Somit ist die Darstellung des Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiches in Selfkant-Süsterseel rechtskräftig.



... der Regionalrat Köln lehnt eine Erweiterung des Flughafens Mönchengladbach ab ...



... alle Sitzungen des Regionalrates und seiner Kommissionen finden im Hauptgebäude der Bezirksregierung statt ...

## Sitzungstermine 2004

### Regionalrat

Freitag, den 16. Juli 2004  
Freitag, den 26. November

### Verkehrskommission

Freitag, den 09. Juli 2004  
Freitag, den 19. November 2004

### Kommission für Regionalplanung- und Strukturfragen

Freitag, den 18. Juni 2004  
Freitag, den 12. November 2004

### Entsorgungskommission

Freitag, den 02. Juli 2004

Alle Sitzungen beginnen um 10:30 Uhr im Plenarsaal (2. Etage), im Haupthaus der Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2, 50667 Köln

## Der Vorstand der CDU-Fraktion im Regionalrat

### Vorsitzender

Stefan Götz, (verantwortlich)  
Stadt Köln

### Stellvertr. Vorsitzende:

Heidi Rackwitz-Zimmermann,  
Rhein-Sieg-Kreis

Hans-Josef Heuter,  
Kreis Heinsberg

### Beisitzer:

Dieter Heuel,  
Rhein-Sieg-Kreis  
(Vors. Verkehrskommission)

Prof. Dr. Erhard Möller,  
Stadt Aachen  
(Vors. Braunkohlenausschuss)

Dr. Dieter Pesch,  
Kreis Euskirchen  
(Stellv. Vors. Kommission für  
Regionalpl. u. Strukturfragen)

### Vorsitzender des Regionalrates Köln:

Gerhard Lorth, MdL,  
Stadt Bonn

### Fraktionsgeschäftsstelle:

Fraktionsgeschäftsführer  
Andreas Klepke M.A.  
Zeughausstr. 2-10  
50667 Köln

Tel.: 0221 / 139 54 46  
Fax: 0221 / 139 54 51

E-Mail:  
info@cdu-regionalrat-koeln.de

Internet:  
www.cdu-regionalrat-koeln.de

Aktuelle Infos unter:

[www.cdu-regionalrat-koeln.de](http://www.cdu-regionalrat-koeln.de)